

Diskussion

Jürgen John

Wie bei der Gesamtproblematik der Weimarer Staatskrise sollte man sich auch bei der Beurteilung der Arbeiterparteien und ihres Verhältnisses zueinander vor Einseitigkeiten hüten. Zweifellos stellte sich die KPD mit ihrem weltrevolutionären, zunehmend ultralinken und zudem unter Stalin immer mehr fremdgesteuerten Konzept selbst außerhalb der Weimarer Demokratie. Alle in den letzten Jahren von DDR-Parteihistorikern unternommenen Versuche, eine demokratische Grundkonzeption der KPD zu entdecken, kamen eher einem Wunschdenken als nüchterner Analyse gleich. Doch wurden die Kommunisten auch ausgegrenzt. Und es hat immer wieder – meist als „Rechtsabweichung“ verteuelt – Versuche gegeben, revolutionäres Wollen mit demokratischen Bestrebungen zu verbinden. Wenn auch – ich stimme Herrn Schönhoven durchaus zu – bei der KPD letztlich die Täterperspektive überwog, so sollte man die von Herrn Petzold betonte Opferperspektive nicht aus den Augen verlieren.

Es sei dahingestellt, ob allein schon die bloße Existenz der KPD durchweg eine Belastung der Weimarer Demokratie darstellte oder ob von ihr nicht auch – objektiv gesehen – positive Impulse ausgingen. Den – zweifellos richtigen – Gedanken von Herrn Schönhoven, daß die KPD polarisierend wirkte, indem sie viele Wähler aus Bolschewismusfurcht der NSDAP zutrieb, kann man auch umdrehen. Die Furcht vor erneuten Rechtsputschen à la Kapp – ich gebe sinngemäß eine Argumentation Albrecht Grafs zu Stolberg-Wernigerode aus dem Jahre 1929 wieder – trieb viele Menschen nach links und gab der KPD Auftrieb. Das berührt auch die Frage, ob die revolutionäre Perspektive von Anfang an deformiert und illusorisch war. Es ist richtig und notwendig, nicht nur die stalinistische Deformation der KPD zu diskutieren, sondern auch ihre revolutionäre Grundkonzeption in Frage zu stellen. Dies ist in den – teilweise sehr heftigen, meist allerdings nur internen – Diskussionen in der DDR-Historiographie der letzten Jahre nicht geschehen. Diese Diskussionen haben niemals die Schwelle einer Problematisierung der KPD-Geschichte überschritten. Schon dies war schwer genug und wurde von den Parteihistorikern in der Regel blockiert. Nur über das grundsätzliche Infragestellen wird man zu tragfähigen Aussagen kommen können. Man muß m. E. aber auch die Potenzen des Revolutionsgedankens im 20. Jahrhundert erörtern. War revolutionäres Wollen im 20. Jahrhundert wirklich nichts anderes als nur ein realitätsfernes Festhalten am revolutionären Dogmatismus des 19. Jahrhunderts? Gingen von ihm nur demokratiefeindliche Wirkungen aus, oder hat es nicht auch – zumindest zeitweise – demokratiestabilisierend wirken können? Man sollte nicht nur das Kalkül kommunistischer Führer, sondern auch das revolutionäre Wollen der Massen bedenken. Angesichts des Ersten Weltkrieges und der Krise der bürgerlichen Gesellschaft reichte der Wille zur Gesellschaftsveränderung zudem weit über die kommunistische Bewegung hinaus. Er schloß auch den Aktivismus vieler linker Intellektueller ein, wenn ich etwa an das Bauhaus und an die Bewegung des „Neuen Bauens“ denke. Bis in die 30er Jahre hingen zudem viele noch ihre Hoffnung an die So-

wjetunion, die man damals durchaus nicht nur aus der Schreckensperspektive sah, zumal das wahre Ausmaß der stalinistischen Verbrechen ja noch nicht erkennbar war.

Und schließlich noch eine letzte Bemerkung zum Referat von Herrn Schönhoven. Der grundsätzliche und letztlich nicht überbrückbare Gegensatz zwischen der auf dem Boden der Weimarer Republik stehenden SPD und der prinzipiell gegen diese Republik eingestellten KPD war nicht nur ein Produkt der Nachkriegszeit. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung hatte sich schon in der Vorkriegssozialdemokratie abgezeichnet.

Peter Krüger

Die Weimarer Republik war zwar nicht bloß ein „Auswuchs“ des Kaiserreichs, sondern auch „Laboratorium für Neues“. Aber verfassungshistorisch litt sie unter der keineswegs überwundenen Grundfigur des deutschen Konstitutionalismus, d.h. der nicht einmal vor 1914 (Ausschluß der SPD wie erneut seit 1930; ungelöste Föderalismusproblematik) richtig funktionierenden konstitutionellen Monarchie – die Republik als erst noch zu verwirklichende, aber gefährdete Chance (Defekte des Parteiensystems; Stellung des Reichspräsidenten; Mißtrauen gegen „Parlamentsherrschaft“; typisches Krisensymptom: SPD zugleich Stütze der Regierung und Opposition). Die Republik blieb wie das Kaiserreich verfassungspolitisch ein nicht hinreichend gefestigtes System des Übergangs und der ungelösten inneren Gegensätze (und damit Teil der „deutschen Frage“) auf der langen Suche nach einer stabilen politischen Ordnung, die sich erst in der Bundesrepublik entwickelt hat. Der Föderalismus wurde nach 1918 weiter geschwächt und verzerrt und konnte nicht stabilisierend wirken. Preußen war mehr republikanische Gegenmacht als Ausdruck eines starken Föderalismus. Vor diesen Erfahrungen stand der Parlamentarische Rat 1948/49, in dem Weimarer Demokraten noch einflußreich waren. Folgerichtig wollte man die Fehler von Weimar vermeiden und eine funktionsfähigere Demokratie frei von den Belastungen des traditionellen deutschen Konstitutionalismus schaffen, was freilich nicht ausschloß, daß gewisse Eigenheiten deutschen Verfassungsdenkens auch noch im Grundgesetz ihren Niederschlag fanden.

Heinrich August Winkler

Zunächst ein paar Worte zu Klaus Schönhoven, dem ich sehr weitgehend zustimme. Die SPD war, darin sind wir einig, die Partei des Klassenkompromisses. Aber dieser Kompromiß war auch von innen bedroht. Die Wiedervereinigung von MSPD und USPD im September 1922 stärkte den klassenkämpferischen linken Flügel. Eine erste Folge war das fatale Nein der SPD zur Großen Koalition im November 1922 und damit die Weichenstellung in Richtung des ersten, wenn auch noch verdeckten Präsidialkabinetts, der Regierung Cuno, die Deutschland 1923 an den Rand der Katastrophe führte. Für den Bruch der Großen Koalition im März 1930 trägt die politische

Rechte die Hauptverantwortung. Aber zur fehlenden Manövrierfähigkeit der SPD trugen auch der linke Parteiflügel und die eher „rechte“ Gewerkschaftsführung bei. Es bleibt aus meiner Sicht ein Fehler, daß die Sozialdemokraten am 27. März 1930 den „Brüningkompromiß“ ablehnten – auch wenn dieser nicht mehr war als ein dilatorischer Formelkompromiß.

Zum Referat von Joachim Petzold: Bei allem Respekt vor der Schärfe, mit der Sie die KPD kritisiert haben – man wird noch sehr viel weiter gehen müssen. Wann hätte die KPD Weimar je eine Chance gegeben? Noch vor der ultralinken Wende des Sechsten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hat Arthur Ewert – ein „Versöhnler“ aus der Mittelgruppe und kein radikaler Scharfmacher – die Haltung seiner Partei zu Weimar auf geradezu klassische Weise umrissen. Am 4. Juli 1928 erklärte er in der Aussprache über die Regierungserklärung Hermann Müllers im Reichstag: „Die Kommunistische Partei steht diesem Staat, seinen Institutionen und seiner Politik grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie ist für die Zertrümmerung dieses Staates und seiner Institutionen.“ Eine „Einheitsfront“ von Sozialdemokraten und Kommunisten war angesichts der unüberbrückbaren Gegensätze zwischen beiden Parteien ein Ding der Unmöglichkeit.

Gerald D. Feldman

Zu einem besseren Verständnis der SPD und ihrer hoffnungslosen Lage in der Krise von 1930/1933 ist es vielleicht nützlich, die Partei aus vergleichender Perspektive zu betrachten. Der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten gelang es, die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft zur gemeinsamen Unterstützung des New Deal zusammenzubringen. In Schweden kam ein Bund zwischen den Sozialisten und den Bauern zustande, und in Großbritannien konnten die Arbeiter mit den Konservativen und umgekehrt die Konservativen mit den Arbeitern zusammenarbeiten. Die SPD in Deutschland, dank ihrer marxistischen Traditionen, konnte einen Durchbruch weder bei den Bauern noch beim gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand erzielen, und die herrschenden Kräfte auf der Rechten richteten ihr Ziel eher darauf, die SPD zu isolieren als mit ihr zu kooperieren. Kurzum, in Deutschland gab es keine demokratische Koalition, die den Beitritt der SPD zugelassen hätte und keine Möglichkeit, eine solche zu bilden.

Hans Mommsen

Es scheint verfehlt, der SPD seit dem Scheitern der Bürgerblockkabinette einen nennenswerten Handlungsspielraum zu unterstellen. Die illegale Aufrüstung konnte von ihr nicht unterbunden, der anwachsende Einfluß der Reichswehr nicht aufgehalten werden. Als die SPD nach der Aufdeckung der Reichswehrskandale den Rücktritt Geßlers forderte, war das die minimalste Konsequenz, die innerhalb eines parlamentarischen Systems denkbar war, und doch ist ihr dies von den zeitgenössischen Beob-

achten, aber auch von späteren Historikern als Fehler und Flucht vor der wehrpolitischen Verantwortung angekreidet worden. Die Bildung des Kabinetts der Großen Koalition erfolgte unter der Voraussetzung, daß die SPD die eingeleitete Aufrüstung nicht behinderte. Die Auseinandersetzung über den Bau des Panzerkreuzers A, die gern als klassisches Beispiel für mangelnde parlamentarische Konsequenz der Linken hingestellt wurde, war in Wahrheit ein abgekartetes Manöver, um die Herauslösung der Wehrhaushalte aus dem parlamentarisch kontrollierten Haushalt zu verdecken. Weder erblickte die Reichswehrführung im Panzerkreuzer A einen notwendigen Schritt zur Verstärkung der deutschen militärischen Position, noch war das Abstimmungsverhalten der sozialdemokratischen Minister für das Kabinett eine Überraschung. Ebenso war der Bruch der Großen Koalition mit der Unterzeichnung des Youngplans und der Hinwendung zur Zollpolitik zugunsten der Großlandwirtschaft auch bei taktisch geschickterem Verhalten der SPD unabwendbar.

Die sozialdemokratische Tolerierungspolitik gegenüber Brüning erfolgte aus der widerwillig akzeptierten Einsicht heraus, daß jede strategische Alternative dazu die innenpolitische Neutralisierung der Partei nur noch beschleunigt hätte. Brüning krümmte keinen Finger, um die Position der preußischen Regierung unter Otto Braun zu stützen, und er rechnete im Grunde damit, innerhalb absehbarer Zeit den finanziellen Zusammenbruch Preußens für die Einleitung der Reichsreform zu seinen Konditionen nützen zu können. Zu keinem Zeitpunkt hatte die SPD, abgesehen davon, daß sie innerlich uneinheitlich und in einem tiefgreifenden Immobilismus befangen war, eine Chance, die Entwicklung zum reinen Präsidialsystem und zur Bildung eines mehr oder weniger autoritären Systems aufhalten zu können. Indem sich das Ende der Reparationen ankündigte und eine Beschleunigung der deutschen Aufrüstung im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz in Lausanne auf die Tagesordnung gelangte, verstärkte sich der Druck der Reichswehrführung auf den Reichspräsidenten, die Regierung Braun als einziges effektives Hindernis der illegalen Aufrüstung auszuschalten. So wenig man Fehler und Versäumnisse der SPD in früheren Stadien der Weimarer Republik übersehen darf, so wenig konnte die Sozialdemokratie, mit einer völlig isolierten KPD auf der linken Flanke, noch wirksam in den innenpolitischen Prozeß eingreifen.

Ohne die Frage aufzugreifen, ob nicht frühere Fehler von MSPD und SPD das relative Gewicht der KPD und ihr Ansehen bei desillusionierten Teilen der Industriearbeiterschaft erhöht haben, war jede politische Anlehnung der SPD an die KPD seit dem Übergang zur Präsidialregierung taktisch völlig verfehlt. Insoweit stellten die informellen Gespräche des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg (der selbst als Mitglied der Deutschen Staatspartei angehörte) mit den KPD-Abgeordneten Torgler und Kasper eine politische Blauäugigkeit ersten Ranges dar. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war nicht ein Produkt der Krise der Demokratie, sondern ein Ausdruck derselben. Die Frage, inwieweit ein Zusammengehen von SPD und KPD die Republik hätte retten können, geht daher von irrationalen Voraussetzungen aus.

Im übrigen sollte man sich von der Illusion trennen, daß die Kabinette von Schleicher und von Papen gegebenenfalls auch gegen die NSDAP und SA militärisch vorgegangen wären. Das in diesem Sinn interpretierte Planspiel Ott, das keineswegs bloß

taktische Funktion besaß und bis in den Januar 1933 fortgeschrieben wurde, ging davon aus, daß NSDAP und SA sich im Umsturzfall abwartend verhalten und die Großstädte weitgehend räumen würden, ohne allerdings die Regierung zu stützen. Die militärische Stoßrichtung des Planspiels richtete sich gegen die KPD und die freien Gewerkschaften, denen unterstellt wurde, sich an einem kommunistisch inspirierten Staatsstreich zu beteiligen. Das zeigt noch einmal mehr, daß jedes Zusammengehen der Linken die Bereitschaft der rechtsbürgerlichen Kräfte, sich mit Hitler zu arrangieren, nur verstärkt hätte. Es darf nicht übersehen werden, daß auch das Zentrum sich nach dem 20. Juli 1932 eindeutig von der SPD abwandte und daß diese allenfalls bei den linksliberalen Splittergruppen republikanischen Zuschnitts noch bürgerliche Unterstützung erhoffen durfte. Die komplette Isolierung der organisierten Arbeiterbewegung war das Resultat einer seit den Maiwahlen 1928, die einen letzten großen Erfolg der Sozialdemokratie brachten, systematisch ablaufenden innenpolitischen Gewichtsverlagerung nach rechts. Diese Gewichtsverlagerung kulminierte vorläufig im Preußenputsch und zielte, wie alle Beteiligten offen erklärten, auf die Zerschlagung des parlamentarischen Systems.

Eberhard Kolb

Drei Bemerkungen. Erstens zur Tolerierungsstrategie: Die neuerdings zu verzeichnende weitgehende Übereinstimmung (Schönhoven, Winkler, Schaefer) bei der Bewertung der sozialdemokratischen Tolerierungsstrategie – als eines unter den gegebenen Umständen politisch verantwortungsvollen Verhaltens – ist bemerkenswert. Denn als ich Mitte der 80er Jahre eine Ehrenrettung der Tolerierungsstrategie versuchte, war dies damals ein Schwimmen gegen den Strom der geläufigen hyperkritischen und negativen Urteile über die sozialdemokratische Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Ich betrachte die sich nunmehr durchsetzende balanciertere Bewertung der Tolerierungsstrategie als einen Zugewinn an sachlich angemessener Würdigung der schwierigen Lage, in der sich die SPD seit dem Übergang zum Präsidialregime befand.

Zweitens zum 20. Juli 1932: Beim Vergleich mit dem Kapp-Putsch ist auf die Unvergleichbarkeit der Konstellationen abzuheben. 1920 putschten Truppeneinheiten gegen die rechtmäßige Regierung, dagegen trug die Aktion vom 20. Juli 1932 als Reichsexekution das Gepräge einer von den verfassungsmäßigen Instanzen Reichspräsident und Reichsregierung getroffenen Maßnahme, wie dürftig die rechtliche Begründung auch sein mochte. Infolge der Verhängung des Ausnahmezustandes mußte jede militante Gegenwehr von Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit unübersehbaren Konsequenzen führen. Dies war bei der Risikoabwägung zu beachten. Des weiteren stellte sich die Frage, unter welcher „Parole“ ein so hoher Einsatz hätte gewagt werden können. 1920 lagen die Dinge einfach: es ging um die Abwehr eines Militärputsches gegen die verfassungsmäßige Regierung. Was hätte im Juli 1932 die „Parole“ sein können? Rückgängigmachung der Absetzung einer Regierung, die über keine Mehrheit im Landtag mehr verfügte und deren füh-

rende Mitglieder bereits seit Wochen bemüht waren, sich einen honorigen Abgang zu verschaffen? War dies ein Ziel, für das man Massen in den Kampf und womöglich in ein Blutbad führen durfte? Denn es kann kein Zweifel bestehen, daß die Reichswehr willens und in der Lage war, Widerstandsaktionen niederzuwerfen.

Drittens zur Frage der Einheitsfront: Zwischen 1930 und 1933 gab es zu keinem Zeitpunkt eine Basis für ein Zusammengehen von SPD und KPD, da die KPD nicht ihre gegen die SPD als „Hauptfeind“ gerichtete Strategie aufgab; den Einheitsfrontparolen kam innerhalb dieser Gesamtstrategie eine lediglich instrumentelle Funktion zu. Während die SPD die Republik retten wollte, war es Ziel der kommunistischen Politik, den Verfassungsstaat aus den Angeln zu heben und die SPD zu zerstören. Diese Haltung läßt sich übrigens auch am Beispiel des 20. Juli 1932 illustrieren, als die KPD mit ihrem Aufruf zum Generalstreik sich einer revolutionären Rhetorik befleißigte – wohl wissend, daß sie als Partei der Arbeitslosen nicht in der Lage war, die Betriebe stillzulegen. In Wahrheit zielte sie mit dieser bloß propagandistischen Aktion hauptsächlich darauf ab, auf die SPD-Anhänger Eindruck zu machen und möglichst viele von ihnen bei der anstehenden Reichstagswahl zu sich hinüberzuziehen.

Ian Kershaw

Ich bin mit der Interpretation von Herrn Schönhoven, daß es zur Tolerierungspolitik der SPD keine Alternative gab, grundsätzlich einverstanden. Ich neige daher auch zu einer eher ‚pessimistischen‘, oder vielleicht besser gesagt: ‚fatalistischen‘ Perspektive, was den Untergang Weimars angeht. Ich teile auch die Ansicht Hans Mommsens, daß – zugespitzt gesagt – die Geschichte vom Ende Weimars fast ohne Berücksichtigung der Rolle der SPD geschrieben werden kann. Die Auflösung der Demokratie ist hauptsächlich die Geschichte der Versuche der konservativen Rechten, die Demokratie zu beseitigen. Auch hier kommt man auf das Fehlen eines parlamentarischen Konservatismus und den umfassenden Charakter der Legitimationskrise zurück. Stellt man den Vergleich mit Großbritannien an, so sieht man, daß es dort nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Regierungskrise erster Ordnung gab. Was es aber nicht gab, war eine Staatskrise. Diejenigen, die die britische Staatsform verändern wollten, gehörten selbst in der Krise zu den unseriösen Randerscheinungen der politischen Szene. Vielmehr kam es in Großbritannien zu einer wesentlichen Verstärkung des Konservatismus bei der Unterhauswahl 1931 und der Errichtung eines ‚national government‘. Es blieb danach für die faschistische Mosley-Bewegung überhaupt kein politischer Raum, sich zu entfalten. Das Wählerpotential für den Faschismus wurde durch die Konservativen aufgesaugt. Und das ‚Establishment‘ fühlte sich mit seiner Interessenvertretung durch die Konservativen ebenfalls mehr oder weniger zufrieden. Auch wenn man über die Lehre nicht begeistert ist, könnte vielleicht der Schluß gezogen werden: die Stärke des Konservatismus sei die Schwäche des Faschismus. Oder anders ausgedrückt: weniger die Schwäche des Sozialismus als die Schwäche eines geschlossenen, parlamentarischen Konservatismus sei die Chance für den Faschismus. Die Fragmentierung der bürgerlichen Parteien in Deutschland, die schon in Weimars

„goldenen Jahren“ vorangeschritten war, öffnete im krassen Gegensatz zur Lage in Großbritannien das Tor zur neuen populistischen Rechtspolitik der NSDAP.

Ab 1930 ist die Geschichte der SPD im Grunde genommen die Geschichte einer reaktiven Abwehr gegen die Konsequenzen einer Politik, die sie immer weniger bestimmen konnte. Wenn es ab 1930 keine Alternative zur Tolerierungspolitik gegeben hat, vor allem weil eine Einheitsfront mit der KPD von vornherein aussichtslos war, so stellt sich die Frage, ob die SPD in den „goldenen Jahren“ zwischen 1924 und 1928 die Chance verpaßt hat, statt nach „links“ eine Öffnung nach „rechts“ zu versuchen. Aber auch diese Frage würde ich mit „nein“ beantworten. Es bestand wohl nicht die geringste Chance für ein Weimarer „Godesberg“. Sowohl der klassenspezifische Charakter der SPD als auch der vehemente Antisozialismus selbst linksliberaler Kreise des Bürgertums schlossen wohl die Möglichkeit aus, daß die SPD von der Fragmentierung der bürgerlichen Parteien hätte profitieren können. Insofern ist es auch von dieser Perspektive aus schwerlich einzusehen, daß die SPD eine realisierte Alternative zur Tolerierungspolitik gehabt hätte, nachdem die Wirtschaftskrise weitreichende ökonomische Beschränkungen der politischen Handlungsspielräume auch der „Linken“ mit sich gebracht hatte.

Kurt Nowak

Die Religionspolitik der KPD ist von den Protestanten nicht nur subjektiv als katastrophal erlebt worden, sie war es tatsächlich. Wie kritisch man immer mit den Kirchen als gesellschaftliche Gruppen umgehen mochte: die maßlosen Artikel Peter Maslowskis in der „Roten Fahne“ oder auch die rigiden Propagandaaktivitäten der kommunistischen Freidenkerbewegung waren unter keinen Umständen politikfähig. Sicher haben die Kirchen den religionspolitisch undiskutablen Kurs der KPD zusätzlich dramatisiert. Sie sahen hier nicht nur die fragwürdigen Weltanschauungskämpfe einer Partei, sondern eine erstrangige Bedrohung der Zivilisation durch die zerstörerischen Prinzipien des Atheismus, des Klassenegoismus, einer autonomen Moral usw. Die Religionsverfolgungen in Sowjetrußland bestärkten die Kirchen in dieser Meinung. Die Kommunisten galten nicht bloß als Feinde der Kirche, sondern der gesamten abendländischen Zivilisation. Die griffige Chiffre „Kulturbolschewismus“ hat diese Ängste gebündelt. Die Frage, ob eine junge und deshalb politisch unerfahrene Partei auf Dauer eine realistische Religionspolitik ausbilden könnte, kam vor der zeitgenössischen Alternative „Rettung oder Untergang“ nicht in den Blick.

Klaus Schönhoven

Die Kritik an der Haltung der SPD beim Bruch der Großen Koalition übersieht häufig, daß der Boden für ein „Hindenburg-Kabinett“ zu diesem Zeitpunkt bereits hinter den Kulissen geebnet war. Im März 1930 stand die Sozialdemokratie vor der Frage, ob

sie an der seit Herbst 1929 vom Reichsverband der Deutschen Industrie in Denkschriften geforderten und von der DVP in Kabinett und Parlament vertretenen Schleifung der sozialstaatlichen Fundamente der Republik aktiv mitwirken wollte. Dies lehnte die Reichstagsfraktion der SPD ab. Ihr politischer Einfluß in der Regierung war denkbar klein geworden, weil über die Lebensdauer und den sozialen Preis der Koalition allein die bürgerlichen Parteien und ihre außerparlamentarischen Bundesgenossen bestimmen konnten. Jedes weitere Zugeständnis an antidemokratische und antisoziale Zielvorstellungen hätte aber die Loyalität der SPD-Anhänger schwer erschüttert und damit die Position der Partei im Parlament noch mehr ausgehöhlt. Auch wenn die SPD ihren Rückzug von der Staatsmacht taktisch ungeschickt vollzog, ist zu betonen, daß die Weichen für eine autoritäre Wende nicht von ihr gestellt wurden.

Die sich dann seit Frühjahr 1930 immer stärker vollziehende politische und soziale Ghettoisierung der Arbeiterbewegung prägte die Beziehungen zwischen SPD und KPD sowie den strategischen Immobilismus beider Parteien während der Staatskrise der Republik. Man sollte den Tolerierungskurs der SPD während der Brüning-Ära nicht zur Taktik einer risikoscheuen und überalterten Parteiführung erklären. Vielmehr wird man bei einer Abwägung aller denkbaren Alternativen zu dem Ergebnis kommen, daß die Tolerierungsbefürworter den Handlungsspielraum der SPD richtig kalkulierten. Nach der Aufkündigung einer auch parlamentarisch legitimierten Politik des Klassenkompromisses durch tragende Kräfte des Bürgertums war die Republik von der auf sich allein gestellten SPD nicht mehr zu retten. Eine Rückkehr zu einer Politik des revolutionären Klassenkampfes, wie es die KPD forderte, kam für die SPD nicht in Frage. KPD und SPD hatten sich seit dem Ersten Weltkrieg politisch, sozial und programmatisch so weit voneinander entfernt, daß selbst für ein zeitweises Zusammengehen von sozialdemokratischem Reformismus und kommunistischem Radikalismus kein gemeinsames Fundament mehr vorhanden war.

Joachim Petzold

Die Frage „Konnte man überhaupt ein antifaschistisches Bündnis der beiden Arbeiterparteien glaubhaft fordern, wenn man gleichzeitig an der Sozialfaschismuskonzeption festhielt?“ beantwortete ich ohne den geringsten Vorbehalt mit Nein. Die Frage „War die Tolerierung einer autoritären Regierung ein falsches Konzept, dessen Scheitern von Anfang an eigentlich vorhersehbar war?“ muß ich schon deshalb mit Ja beantworten, weil die Tolerierungspolitik der SPD zwischen 1930 und 1932 das politische Verhängnis nicht zu steuern vermochte und sich als das Betreten einer schiefen Ebene erwies, auf der es schließlich kein Halten mehr gab. Man konnte und kann doch nicht übersehen, daß mit Brünnings Präsidialkabinett die Abkehr vom Parlamentarismus und damit von einem Grundprinzip der Weimarer Verfassung toleriert wurde. Selbst wenn ein konsequenter Protest dagegen nichts gefruchtet und die SPD isoliert hätte, politi-

sche Standhaftigkeit in Grundsatzfragen zählt sich auf die Dauer mehr aus als opportunistische Anpassung.

Angesichts des dominierenden Interesses der in Deutschland herrschenden Eliten an der Zerstörung des parlamentarischen Regierungssystems, wenn nicht gar an der faschistischen Diktatur, darf man meines Erachtens aber die beiden Arbeiterparteien ungeachtet ihrer gravierenden Fehlentscheidungen nicht in die Reihe der Hauptschuldigen am Untergang der Weimarer Republik stellen. Eine Tolerierung des Papen- und des Schleicher-Kabinetts durch die SPD, wie sie mitunter gefordert wurde, war nicht nur eine psychologische Unmöglichkeit, sondern wäre wohl ein politischer Selbstmord schlimmster Art gewesen, der den Verfechtern der Sozialfaschismustheorie nur noch mehr Oberwasser gegeben hätte.

Da die bürgerlichen Parteien entweder das parlamentarische Regierungssystem aus prinzipiellen Gründen nicht mehr aufrechterhalten wollten oder mangels Wählerschwund nicht mehr konnten, kam aus meiner Sicht nur noch der Versuch in Frage, eine möglichst breite, aber zwangsläufig im linken Parteienspektrum verankerte Front aller irgendwie an der Erhaltung der Weimarer Republik und der Verhinderung der faschistischen Diktatur interessierten Kräfte zustande zu bringen. Das war sicher mit der KPD als Gesamtpartei nicht möglich, die zwar die Herrschaft der Faschisten nicht wollte, aber deren linksradikale Führung der Weimarer Republik und der Sozialdemokratie mit unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstand. Im Spätfrühling und im Frühsommer 1932 hatten sich jedoch realistischer denkende Kommunisten einen gewissen Spielraum verschafft, war die von linken bürgerlichen Demokraten wie Carl von Ossietzky und Albert Einstein vertretene Forderung nach einem Zusammenwirken der beiden Arbeiterparteien sehr populär, wurden die dieser objektiven Notwendigkeit am meisten entgegenkommenden Oppositionsgruppen SAPD und KPDO mehr als sonst gehört. Ich vermag daher in Wilhelm Abeggs Gesprächen mit kommunistischen Fraktionsführern keine Blauäugigkeit zu sehen, sondern höchstens einen verzweifelten Versuch, der sich deutlich abzeichnenden politischen Katastrophe entgegenzuwirken.

Es wird immer spekulativ bleiben, wie chancenreich ein konsequentes Ringen der SPD um einsichtige Kommunisten und um die Erhaltung des Einflusses auf die eigene Wählerschaft gewesen wäre. Ohne Widerstandswillen, der sich bis zum 20. Juli 1932 immerhin noch auf reale Macht in Preußen stützen und der bis zuletzt von den nicht zu unterschätzenden Auseinandersetzungen im Lager der Rechten profitieren konnte, gab es keine Aussicht auf Erfolg. Wer diese Möglichkeit – sicher mit guten Gründen – für gering oder gar für aussichtslos hält, der wird aber dann nicht umhin kommen, den Untergang der Weimarer Republik zumindest 1932 als etwas Zwangsläufiges, nicht mehr Vermeidbares darzustellen.

Das widerspricht jedoch meiner Meinung nach dem zwar stets unter Sachzwängen stehenden, aber niemals gänzlich alternativlosen Geschichtsablauf. Wenn schon die Weimarer Republik im Sommer 1932 nicht mehr zu retten war, dann wird man nach vorangegangenen falschen politischen Weichenstellungen suchen müssen. Das Einschwenken der KPD auf stalinistischen Kurs 1928 war eine solche. Die Entscheidung der SPD, die antiparlamentarische Brüning-Politik zu tolerieren und Preußen kampff-

los preiszugeben, gehört aber auch dazu. Es bedrückt mich, wenn im Verlaufe unseres Kolloquiums sich immer mehr der Eindruck verdichtet: Es war im Grunde alles aussichtslos und unabänderlich. Nach meiner Überzeugung handeln wir Historiker nicht richtig, wenn wir uns in Fatalismus üben und nicht wenigstens die Möglichkeiten für politische Alternativentscheidungen deutlich machen.